

Gemeinde Schönefeld



mit den Ortsteilen Großziethen, Kiekebusch, Schönefeld, Selchow, Waltersdorf und Waßmannsdorf

Pressemitteilung 19/2022

Schönefeld, 08. Dezember 2022

Beschlossen: Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme wird geprüft

Nach dem Bekenntnis zum Siegerentwurf des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs Schönefeld-Nord hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld gestern Abend einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Entwicklung des rund 150 Hektar großen Gebietes an der Hans-Grade-Allee gemacht. Die Gemeindevertreter*innen beschlossen, eine vorbereitende Untersuchung für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme in dem Gebiet. Diese dient dazu, herauszufinden, ob eine solche Maßnahme sinnvoll ist und unter welchen Bedingungen. In intensiven Gesprächen und im Austausch mit den Eigentümern soll in Erfahrung gebracht werden, welche Eigentümer den vorliegenden Planungen folgen können und welche weiter eigene Zielsetzungen verfolgen und wie sich diese ggfs. in die vorliegende Planung einbetten lassen. Sofern die Maßnahme durchgeführt werden soll, wird im Anschluss der Geltungsbereich festgelegt.

Im Weiteren beschäftigten sich die Gemeindevertreter*innen in ihrer letzten Sitzung dieses Jahres mit der Entwicklung eines Containerdorfs am Schönefelder Bahnhof. Hier bewilligte die Gemeindevertretung die Ausgabe für ein Konzept, das durch eine Berliner Agentur erstellt werden soll. Geplant ist, dort unter Einbezug aller an der Entwicklung des Wettbewerbsgebietes im Schönefelder Norden beteiligten Akteure einen Ort der Begegnung und des Austauschs zu entwickeln.

Neben einigen Personalien wurden weitere Beschlüsse zur Teilnahme am Regionalen Entwicklungsfonds der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft des Dialogforums, einer Veränderungssperre zum Bebauungsplan des Lilienthalparks in Waltersdorf wie auch für eine zusätzliche Ausgabe im Zusammenhang mit dem Bau der Verbindungsstraße zwischen der Transversale und der Autobahnanschlussstelle Hubertus (Planstraße J) gefasst.

Beschlüsse der Gemeindevertretung vom 07.12.2022 (Fortsetzung vom 19.10.2022)

Beschluss einer Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan 03/21 „Lilienthalpark Waltersdorf – Verkehrsflächen und Baufelder“, im Ortsteil Waltersdorf

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
17	0	0	0

Für den Bebauungsplan 03/21 „Lilienthalpark Waltersdorf – Verkehrsflächen und Baufelder“ hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld eine Veränderungssperre erlassen. In dem Gewerbepark gibt es verschiedene rechtswirksame Bebauungspläne aus den 1990er Jahren, die jedoch nur zum Teil umgesetzt wurden. Um das Gebiet für die Ansiedlung von Gewerbe attraktiver zu machen, gab es zuletzt zum Bebauungsplan 07/08 „Lilienthalpark 2008“ ein Änderungsverfahren. Die fortschreitende Entwicklung hat jedoch auch Auswirkungen auf die Verkehrsanlagen, die den gewachsenen und weiterwachsenden Anforderungen nicht mehr entsprechen. Um den zukünftigen Verkehr aufzunehmen, der unter anderem auch durch den Bau eines Parkhauses sowie der geplanten Ortsumfahrung erwartet wird, ist es nötig, die Querschnitte der Straßen in dem Gewerbegebiet anzupassen. Auch sollen Geh- und Radwege hergestellt und ein neues Entwässerungskonzept erstellt werden. Mit der Veränderungssperre soll gewährleistet werden, dass diese Ziele erreicht und die Planungen so umgesetzt werden können.

Beschluss über die Mitwirkung der Gemeinde Schönefeld am Regionalen Entwicklungsfonds Flughafenregion Berlin-Brandenburg

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
19	0	0	0

Die Gemeinde Schönefeld wird sich ab dem kommenden Jahr am Regionalen Entwicklungsfonds für die Flughafenregion Berlin-Brandenburg beteiligen und dafür einen jährlichen Festbetrag in Höhe von 5000 Euro sowie zusätzlich 0,50 Euro pro Einwohner*in bezahlen. Die Gemeindevertretung hat einer entsprechenden Beschlussvorlage zugestimmt. Hintergrund bildet ein gemeinsamer Beschluss der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum (KAG). Die KAG hatte im Juni 2021 die Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) beschlossen, das die Grundlage für die Zusammenarbeit der im Dialogforum zusammengeschlossenen Kommunen bildet. Um die regionalen Herausforderungen zu meistern sowie Chancen und Möglichkeiten besser zu nutzen, beschlossen die Partner*innen neue Wege bei der Finanzierung, Organisation und Trägerschaft notwendiger Aufgaben und Projekte zu gehen. Teil der Beschlussfassung zum GSK war der Auftrag an die Arbeitsgemeinschaft Interessenausgleich, die notwendigen organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Regionalen Entwicklungsfonds Flughafenregion zu schaffen, mit dem Projekte der Kommunen auf Basis gemeinsamer Grundsätze gemeinsam realisiert werden könnten. Dabei dürfen nur die Kommunen, die in dem Fonds mitwirken, über die Verwendung der dem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden.

Beschluss einer überplanmäßigen Ausgabe für die Errichtung der Planstraße J – Verbindung zwischen Transversale und Anschlussstelle Hubertus

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
20	0	0	0

Die Gemeinde Schönefeld muss beim Bau der Planstraße J tiefer in die Tasche greifen als vorgesehen. Die Gemeindevertreter*innen haben eine überplanmäßige Ausgabe von 660.000 Euro beschlossen. Die Planstraße J soll die im Rahmen der Erschließung der Gewerbegebiete am Flughafen BER östlich der Autobahn A113 geplante Transversale mit der Autobahnanschlussstelle Hubertus verbinden und im kommenden Jahr gemeinsam mit der Transversale entstehen. Insgesamt wird der Bau der Straße voraussichtlich rund 2,66 Millionen Euro kosten. Die in diesem Jahr zusätzlich benötigten Mittel können aus im Haushalt 2022 kalkulierten, aber nicht verbrauchten Geldern für den Grunderwerb bestritten werden.

Beschluss einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Beauftragung eines Unternehmens zur Projektentwicklung für die Implementierung eines kulturellen Prozesses zur Stadtentwicklung am Standort Pestalozzistraße im Ortsteil Schönefeld

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
18	5	1	0

Unmittelbar am Aus- bzw. Eingang zum Bahnhof Schönefeld soll ein kulturelles Zentrum und Ort der Begegnung für Schönefelds Bürgerinnen und Bürger entstehen. Die Gemeinde Schönefeld hat vor Ort ein Grundstück mit rund 100 funktionsfähigen Containerbüros erworben, die nun in besonderer Weise belebt werden sollen. Dazu soll eine von der Gemeinde beauftragte Agentur ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Die Gemeindevertreter*innen billigten die Ausgabe in Höhe von rund 94.000 Euro. Ziel ist es, dort, wo die Entwicklung des Wettbewerbsgebiets im Schönefelder Norden ihren Anfang nehmen wird, einen Ort zu etablieren, an dem sich die Menschen informieren, austauschen und die aktuelle Entwicklung positiv beeinflussen können. Geplant ist, dass sich alle am Entwicklungsgebiet beteiligten Akteure einbringen und sich an den jährlichen Kosten zum Betrieb des Standorts beteiligen. Neben Informationsveranstaltungen soll es vor Ort regelmäßig auch kulturelle Veranstaltungen geben.

Beschlüsse der Gemeindevertretung vom 07.12.2022

Beschluss über den Beginn vorbereitender Untersuchungen zur Klärung der Voraussetzungen für die Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Bereich des „städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs Schönefeld-Nord“

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
22	2	1	0

Die Gemeindevertretung hat eine vorbereitende Untersuchung für die Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Bereich des Wettbewerbsgebiets beschlossen. Diese soll eine einheitliche und strukturierte Entwicklung in dem Gebiet ermöglichen. Die Untersuchung soll klären, ob die Voraussetzungen für eine solche städtebauliche Entwicklungsmaßnahme vorliegen. In diesem Zusammenhang sind Eigentümer*innen, Pächter*innen oder zur Nutzung eines Grundstücks Berechtigte oder Beauftragte zu Auskünften gegenüber der Gemeinde verpflichtet, die zur Beurteilung des geplanten Entwicklungsgebietes bzw. der Durchführung der Entwicklungsmaßnahme erforderlich sind. Vorangestellt wird eine beschränkte Ausschreibung. Der Auftrag soll an ein fachkundiges Büro mit einer entsprechenden Expertise vergeben werden. Sollte die Entwicklungsmaßnahme durchgeführt werden, wird im Anschluss an die Untersuchung der Entwicklungsbereich festgelegt. Auch eine entsprechende Satzung muss dann noch beschlossen werden.

Beschluss über die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Dahme-Spreewald nach § 12

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit	
25	0	0	0	

Die Gemeinde Schönefeld wird den mit dem Landkreis Dahme-Spreewald im Jahr 2004 geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Kindertagesbetreuung zum 31.12.2023 kündigen. Hintergrund sind Neuverhandlungen zwischen den Parteien bezüglich der Übernahme der Aufgabe der Prüfung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz als auch der Kostenübernahme bei Klageverfahren. Ziel ist ein neuer öffentlich-rechtlicher Vertrag, der dies für alle Seiten klar regelt.

Beschluss über die Abberufung und Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
24	0	1	0

Die Gemeindevertretung hat Herrn Werner Szmodis rückwirkend zum 15.10.2022 von seiner Funktion als sachkundiges Mitglied des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr abberufen. Stattdessen rückt Rainer Giese für ihn als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss nach. Szmodis hatte im Oktober mitgeteilt, für diese Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Die Neubesetzung erfolgt auf Vorschlag der Fraktion Freie Wähler Schönefeld-BVB/Freie Wähler.

Beschluss über die Ernennung einer Gleichstellungsbeauftragten für die Gemeinde Schönefeld

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
23	0	2	0

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat auf Vorschlag des Bürgermeisters Frau Solveig Schuster zur neuen Gleichstellungsbeauftragten für die Gemeinde Schönefeld benannt. Die Neubesetzung war notwendig geworden, nachdem die bisherige Gleichstellungsbeauftragte das Amt zum 1.1.2022 niedergelegt hatte.

Beschluss über die Neuberufung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Klima, Umwelt und Mobilität

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
25	0	0	0

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat Frau Petra Bandholtz aus Großziethen zur neuen sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Klima, Umwelt, Mobilität berufen. Die Neuberufung erfolgte auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss über die Abberufung und Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
25	0	0	0

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat Frau Elisabeth Wrede mit sofortiger Wirkung von ihrer Funktion als sachkundiges Mitglied im Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport abberufen. An ihre Stelle tritt Herr Lukas Fahrenbruch aus Schönefeld. Die Abberufung und Neubesetzung erfolgte auf Vorschlag der Fraktion CDU/Alle für Eine.

Beschluss einer Ordnungsbehördlichen Verordnung der Gemeinde Schönefeld über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlass von besonderen Ereignissen gemäß § 5 Abs. 1 BbgLÖG im I. Quartal 2023

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
20	4	1	0

Im Einrichtungscenter Waltersdorf wird es am 8. Januar und 26. Februar 2023 zwei verkaufsoffene Sonntage geben. Die Gemeindevertretung hat eine entsprechende Ordnungsbehördliche Verordnung beschlossen. Anlass für die Sonntagsöffnung sind die „Schönefelder Winterspiele“ im Januar sowie eine „Garten-, Landschaftsbau- und Immobilienmesse“ im Februar.

Beschluss eines Mitglieds des Kreises Ortschronik für den Ortsteil Kiekebusch

Ja	Nein	Enthaltungen	Befangenheit
22	0	1	0

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat Frau Ines Hensler für den Ortsteil Kiekebusch als Mitglied des Kreises Ortschronik bestimmt. Vorausgegangen war ein einstimmiges Votum des Ortsbeirats für die Besetzung.

Pressekontakt:

Solveig Schuster
Hans-Grade-Allee 11
12529 Schönefeld
Tel. 030 / 536720-903
E-Mail: s.schuster@gemeinde-schoenefeld.de